



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Tanja Schweiger, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Effektive Kontrollen in der Forensik – Würde psychisch Kranker wahren!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die gesetzlichen Regelungen über die Unterbringung und die Rechte psychisch Kranker unter besonderer Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu reformieren und in einem Gesetz über Schutz und Hilfen für psychisch kranke Menschen neu zu fassen.

Hierin müssen unter anderem effektive Kontrollen in den Einrichtungen geregelt werden, insbesondere dass

- a) die Besuchskommission zwingend einmal jährlich Kontrollen durchführt und schriftlich dokumentiert,
  - b) diese Kontrollen immer unangekündigt stattfinden müssen und
  - c) eine jährliche Berichterstattung an den Landtag erfolgen muss.
2. dem zuständigen Ausschuss zeitnah über die Fixierungspraxis in forensischen Einrichtungen zu berichten, insbesondere über die Art und Weise der Durchführung, der Überwachung durch Videoaufnahme oder Sitzwache, die Dauer der Maßnahmen sowie deren Kontrollen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Vorwürfe bezüglich des Ausmaßes der Fixierungen im Isar-Amper-Klinikum Taufkirchen (Vils) ist besonders auf diese Einrichtung und die dortigen Kontrollen sowie deren Umfang und die Kenntnis des zuständigen Staatsapparates einzugehen.

### **Begründung:**

In der aktuellen Berichterstattung sind Vorwürfe bekannt geworden, nach denen in der forensischen Einrichtung des Isar-Amper-Klinikums Taufkirchen (Vils) Fixierungen über lange Zeiträume und in auffälliger Anzahl durchgeführt worden sein sollen. Nach Angaben der Presse bestreitet das zuständige Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration von diesen Maßnahmen Kenntnis gehabt zu haben.

Vor diesem Hintergrund erscheinen effektivere Kontrollen sowie eine regelmäßige Einbeziehung des Landtags dringend geboten. Auf diese Weise werden in diesem sensiblen Bereich Transparenz geschaffen und die Rechte der Betroffenen gewahrt.